

Auf neue Bedrohungen vorbereitet?

Debatte über Situation des Katastrophenschutzes im Land

In einer der letzten Plenarsitzungen im alten Jahr hat der Landtag auf Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/6311 neu) darüber diskutiert, den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in NRW weiter auszubauen. Dass die Menschen bei Großschadensereignissen noch besser geschützt werden müssen, darüber waren sich Koalition und Opposition einig. Differenzen gab es dagegen bei den Maßnahmen und Mitteln, wie der Nachholbedarf schnell und wirkungsvoll aufzuarbeiten ist.

Schöne Bescherung für die privaten Hilfsorganisationen im Land: Kurz vor Weihnachten übergab in Düsseldorf die Landesregierung 117 Betreuungskombis und 100 Anhänger an Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe und Malteser Hilfsdienst. Zusammen mit den Rettungscontainern, die in Kürze angeschafft werden und von denen jeder eine viertel Million Euro kostet, rüstet sich das Land für die Herausforderungen des Katastrophenschutzes.

Jürgen Jentsch (SPD) dankte wie andere Sprecher auch den Mitgliedern der Hilfsorganisationen für ihr unentgeltliches und ehrenamtliches Engagement. Zusammen mit Polizei, Berufsfeuerwehren und dem Technischen Hilfswerk seien sie das Rückgrat des Katastrophenschutzes. In NRW habe man seine Hausaufgaben gemacht, betonte Jentsch und räumte ein, „das heißt aber nicht, dass wir nicht besser werden können“. Die optimale Zusammenarbeit aller Organisationen sei die notwendige Voraussetzung, um ein reibungsloses Funktionieren im Ernstfall zu gewährleisten. Dazu sei auch „ein noch besser abgestimmtes landesweites Netzwerk aller Aufgabenträger“ notwendig. Auch sei eine noch intensivere Abstimmung der Gefahrenabwehrsysteme zwischen dem Bund, den Ländern und den Hilfsorganisationen zu erreichen.

Monika Düker (GRÜNE) stellte fest, um erfolgreich Großschadensereignisse bekämpfen zu können, müssten Gefahrenanalysen erstellt, Gefährdungspotentiale besser eingeschätzt und die Zusammenarbeit optimiert werden. In diesem Zusammenhang nannte sie als Beispiel die Gefahr von Hochwassern, die durch Bodenabsenkungen in Folge des Steinkohleabbau unter dem Rhein auftreten könnten: „Ohne Katastrophen an die Wand malen zu wollen: Auf diese Situation muss sich auch der Katastrophenschutz einstellen.“ In Hinblick auf kommende Großereignisse – hier erwähnte sie den geplanten Weltjugend-

tag und die Fußballweltmeisterschaft – müssten Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gewappnet sein.

Klaus Stallmann (CDU) zeigte sich überrascht: Viele der im Antrag genannten Sachverhalte seien bekannt und müssten „im Sinne eines wirksamen Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen längst erledigt sein“. Damit bestätige der Antrag, dass noch vieles im Argen liege. Stallmann ging auf die Erkenntnisse einer Großübung vom Juni ein und stellte unter anderem fest, dass es vor allem im Gesundheitssystem noch vieles zu verbessern gebe. Die Ausrüstung der Hilfsorganisationen sei nicht auf dem neuesten Stand, das Zusammenspiel aller Kräfte sei zu bündeln. Aber: „Für Ankündigungen und Forderungen ist die Zeit davongelaufen. Wir müssen zum Abschluss kommen. Wir erwarten in den Beratungen im Ausschuss verbindliche Zeitangaben und Ergebnisse.“

Horst Engel (FDP) richtete das Augenmerk auf die komplizierten Zuständigkeiten im Katastrophenfall zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene. Hinzu komme, dass seit ein paar Jahren im Land NRW die Politik den Feuer- und Katastrophenschutz vernachlässigt habe. Engel vermisste einen ganzheitlichen Ansatz für einen funktionsfähigen Katastrophenschutz im Land. Erst jetzt, kurz vor wichtigen Großereignissen, werde versucht, „durch hektische Betriebsamkeit die durch jahrelanges absichtliches Weggucken

entstandene Misswirtschaft zu verdecken“. Aber dabei entstehe durch bloße „Verbalkosmetik“ lediglich ein „sicherheitspolitischer Flickenteppich“. Viel wichtiger sei, „dass endlich das Durcheinander beseitigt wird, welches durch das Nebeneinander verschiedener gesetzlich begründeter Zuständigkeiten entstanden ist“.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) wies die Wertung durch CDU und FDP als unzutreffend zurück. Die Ausstattung der Hilfsorganisationen und Feuerwehren sei inzwischen „angemessen, Entwicklungsbedarf sehe ich vor allem beim überörtlichen und beim landesweiten Zusammenwirken“. Der Minister kündigte Vorschläge für eine einheitliche Struktur von Krisenstäben für Kreise, kreisfreie Städte und Regierungsbezirke an. Für einen leistungsfähigen Katastrophenschutz brauche man in NRW Großverbände aus Feuerwehren und Hilfsorganisationen – aber keine Gesetzesänderung: „Wir sind allein in der Lage, mit diesen Situationen fertig zu werden.“

Theodor Kruse (CDU) fand im Gegensatz dazu, die vorhandene Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern werde den heute vorstellbaren Bedrohungen nicht mehr gerecht. Solche Kompetenzkonflikte hätten „un glaubliche organisatorische Reibungsverluste“ zur Folge. Darum seien die Rechtsvorgaben den heutigen Herausforderungen anzupassen.